



Antrag

Fraktion AfD

Braunkohlestandort Sachsen-Anhalt erhalten - stoffliche Kohlenutzung ausbauen, energetische Kohlenutzung fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der heimische Bodenschatz der Braunkohle in Sachsen-Anhalt wird zur Wahrung der Importunabhängigkeit bzw. Versorgungssicherheit sowie zum Erhalt von Arbeitsplätzen im Land über das Jahr 2035 hinaus langfristig unter Verwendung modernster Filtertechniken energetisch und unter Anwendung innovativer Verarbeitungsverfahren stofflich genutzt.
2. Im Rahmen der Planung von Braunkohle-Tagebauen soll eine stärkere Bürgerbeteiligung stattfinden und betroffene Bürger sollen angemessen entschädigt werden.

Begründung

Die Braunkohle-Industrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt. Im Land ansässige Unternehmen wie der Tagebaubetreiber Mibrag und das Braunkohlebergbau- und Kohlechemie-Unternehmen Romonta beschäftigen zahlreiche Arbeitskräfte, darunter gut ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure. Insgesamt hängen der Initiative „Metropolregion Mitteldeutschland“ zufolge 5.000 direkte Arbeitsplätze bei Tagebau-Betreibern, Kraftwerksfirmen und Zulieferern an der Braunkohle-Nutzung. Hinzu kommen tausende Arbeitsplätze, die indirekt an der Braunkohleförderung und -nutzung hängen. Diese Arbeitsplätze sind insbesondere für den strukturschwachen Süden des Landes von großer Bedeutung.

Dennoch hat die Kenia-Koalition ohne Not den Braunkohle-Ausstieg bis zum Jahre 2035 und die Einleitung eines sogenannten „Strukturwandels“ beschlossen ohne angemessene bzw. realistische Ideen und Strategien zu unterbreiten, wie dieser „Strukturwandel“ sinnvoll gestaltet werden soll und wie Arbeitsplatzperspektiven geschaffen

(Ausgegeben am 16.05.2018)

werden sollen. Der Landrat des Burgenlandkreises Götz Ulrich beziffert die damit einhergehenden Kosten für das Mitteldeutsche Revier auf eine Milliarde Euro. Dabei ist der geplante Braunkohle-Ausstieg nicht nur teuer und vernichtet tausende gut dotierte und sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze, sondern gefährdet zudem die Versorgungssicherheit des Landes.

Während die hocheffiziente Kohleförderung und -nutzung in Deutschland aus ideologischen Gründen drastisch reduziert bzw. ganz abgeschafft werden soll, werden - Stand 2017 - weltweit 1.600 Kohlekraftwerke geplant oder erweitert. Zudem planen 225 Unternehmen die Erschließung oder den Ausbau von Kohleminen. Innerhalb der EU plant insbesondere Polen die Errichtung neuer Kohlekraftwerke.

Vor diesem Hintergrund fordert die AfD-Fraktion den Ausstieg aus dem Braunkohleausstieg in Sachsen-Anhalt. Die in Sachsen-Anhalt ansässige Braunkohle-Industrie braucht keinen „Strukturwandel“, sondern vielmehr eine Neuausrichtung bzw. eine weitere Ausdifferenzierung durch Erschließung neuer Geschäftsfelder. Dementsprechend soll die energetische Nutzung der Braunkohle beibehalten, die Forschung und Entwicklung zur stofflichen Nutzung von Braunkohle ausgeweitet und Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der stofflichen Nutzung geschaffen werden.

Robert Farle
Parlamentarischer Geschäftsführer